



Siegmund Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages
Sprecher der Arbeitsgruppe Kultur und Medien
der SPD-Bundestagsfraktion

Siegmund Ehrmann, MdB • Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

**Platz der Republik 1
11011 Berlin**

Jakob-Kaiser-Haus

Raum 1351

Telefon 030 227 – 77 654

Fax 030 227 – 76 654

E-Mail: siegmund.ehrmann@bundestag.de

Wahlkreis

Hopfenstraße 4

47441 Moers

Telefon 02841 9980599

Fax 02841 9980588

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk.bundestag.de

Wahlkreis

Südwall 38

47798 Krefeld

Telefon 02151 319650

Fax 02151 8207611

E-Mail: siegmund.ehrmann@wk2.bundestag.de

Berlin, 29. Januar 2010

Bericht aus Berlin 02/2010

I. Zur Lage

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen,

zur **Perspektive des Afghanistan-Einsatzes** stehen Entscheidungen an. Es geht darum, welchen Schwerpunkt das internationale Engagement hat, in welchen Etappen welche Ziele zu erreichen sind und wie lange die Bundeswehr noch im Land bleibt. Die Afghanistan-Konferenz in London wird über die Strategie des internationalen Einsatzes beraten. Die Sozialdemokratie führt diese Diskussion im Bewusstsein unserer Verantwortung, mit einem ungetrübten Blick auf das Erreichte, aber auch auf die Defizite und Gefahren des Afghanistan-Einsatzes. Für uns war immer klar, dass wir nicht auf Dauer in Afghanistan bleiben. Wir haben uns in Regierungsverantwortung dafür eingesetzt, die Ausbildung von Polizei und Armee und den zivilen Wiederaufbau des Landes in den Mittelpunkt zu rücken, weil nur so eine nachhaltige Stabilisierung zu erreichen ist. Und wir konnten unsere Verbündeten von diesem Ansatz überzeugen. Der Afghanistan-Einsatz steht jetzt vor einer Zäsur. Die afghanische Regierung beginnt schrittweise mit der Übernahme der vollen Sicherheitsverantwortung. Die SPD hat schon im September 2009 mit einem 10-Punkte-Plan eine Perspektive für den Abschluss unserer Mission aufgezeigt. Vergangene Woche haben Partei und Fraktion



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

der SPD mit einem Hearing unter Beteiligung von Experten die öffentliche Auseinandersetzung über unsere Afghanistan-Strategie gesucht. In einem Positionspapier haben Sigmar Gabriel und ich unsere Linie formuliert. Wir glauben, dass wir jetzt vor allem Ausbildung der Sicherheitskräfte und Aufbau des Landes verstärken müssen. Mehr Kampftruppen lehnen wir ab. Wir wollen im Einklang mit der Strategie der USA und unserer europäischen Partner die Reduzierung der Truppen 2011 beginnen. Die afghanische Regierung hat sich zum Ziel gesetzt, in einem Korridor zwischen 2013 und 2015 selbst die Sicherheitsverantwortung zu übernehmen. Dieses Ziel unterstützen wir und verbinden es mit dem Abzug der Bundeswehr.

Auf unser Drängen hat sich Bundeskanzlerin Merkel schließlich bereit erklärt, am Mittwoch eine Regierungserklärung zu Afghanistan abzugeben. Wir erwarten von der Bundesregierung endlich offene Worte und klare Positionen. Das Versteckspiel der schwarz-gelben Koalition in der Afghanistan-Frage muss ein Ende haben.

Wahrheit und Klarheit fordern wir auch in der Gesundheitspolitik: Millionen von gesetzlich Versicherten drohen **Zusatzbeiträge der Krankenkassen**. Schon nach 100 Tagen im Amt ist das zentrale Wahlversprechen von Schwarz-Gelb schwer erschüttert: Für die Mehrheit der Menschen wird es keine Entlastung geben. Schwarz-Gelb heißt nicht mehr, sondern weniger Netto vom Brutto, und nicht weniger, sondern mehr Bürokratie. Wenn der zusätzliche Finanzbedarf der Krankenkassen ausschließlich durch Zusatzbeiträge gedeckt wird, so tragen die gesetzlich Versicherten die Lasten der Krise und die Steigerung der Kosten faktisch allein. Arbeitgeber bleiben außen vor und der Ausstieg aus der paritätischen Finanzierung wird vorangetrieben. Außerdem müssen die Kassen ein bürokratisches Erhebungsverfahren aufbauen. Diese Zusatzbeiträge sind ein bitterer Vorgeschmack auf die von Schwarz-Gelb geplante Kopfpauschale: Höhere Einkommen und niedrige Einkommen zahlen denselben Betrag. Wer also als Arbeitnehmer oder Rentner mit wenig Geld zurechtkommen muss, wird prozentual stärker belastet. Diese soziale Spaltung wird noch verschärft durch die Steuerpläne von Schwarz-Gelb: Denn auch durch die Senkung der Einkommenssteuer profitieren Wohlhabende am meisten - die FDP fordert sogar die Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 35 Prozent. Zugleich aber sollen die Beitragszahler höher belastet werden. Der von Schwarz-Gelb versprochene Sozialausgleich aus dem Bundeshaushalt bleibt Illusion. Angesichts eines strukturellen Defizits von 60 Milliarden Euro in den kommenden Jahren, das hat der Bundesfinanzminister erklärt, ist ein Sozialausgleich für die Kopfpauschale von 35 Milliarden Euro jährlich nicht zu bezahlen. Noch verschweigt Schwarz-Gelb die Pläne bei der Gesundheitsversorgung. Unsere parlamentarische Anfrage dazu wurde schlichtweg nicht beantwortet. Eine glatte Missachtung der Rechte des Parlaments. Derweil schafft Schwarz-Gelb Fakten. Die Einsetzung eines ChefLobbyisten der Privaten Krankenversicherung als Chef-Planer der Gesundheitsreform und die Absetzung von Peter Sawicki als einem ausgewiesenen unabhängigen Arzneimittelkontrolleur, der auch gegen die Pharmaindustrie standfest



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

war, weisen in dieselbe Richtung: Schwarz-Gelb stellt Klientelinteressen vor das Gemeinwohl. Union und FDP nähren den Verdacht, Politik nach den Interessen von Großspendern zu betreiben. Schon macht das Wort von der neuen „Lobbykratie“ die Runde.

Auf Pochen der Atomwirtschaft wird das **Aus für den Atomausstieg** vorbereitet. Wieder versucht Schwarz-Gelb die Menschen zu täuschen. Ein Treffen mit der Energiewirtschaft im Kanzleramt wurde als Routinegespräch deklariert. Die durchsickernden Meldungen aber lassen vermuten, dass es um weit mehr als Routine ging. Kanzleramt und Atomlobby sind dabei, die Verlängerung der Laufzeiten aller Atommeiler festzuklopfen. Und das, bevor das angekündigte Energiekonzept auch nur in Eckpunkten erkennbar wäre. Vor zehn Jahren haben wir mit dem Atomkonsens den Ausstieg durchgesetzt. Dazu gehört die Abschaltung der veralteten Meiler Neckarwestheim 1 und Biblis A in diesem Jahr. Das versuchen die Betreiber zu hintergehen, indem sie Restlaufzeiten auf Alt-AKW übertragen und deren Stromproduktion künstlich drosseln, bis der politische Deal zum Ausstieg aus dem Ausstieg besiegelt ist. Merkel reicht die Hand zu einem lukrativen Geschäft: Dabei geht es um Milliardenprofite der großen Stromkonzerne, während die Frage nach einem sicheren Endlager für den zusätzlichen Atommüll vollkommen ungeklärt bleibt. Vor allem der Weg in die Erneuerbaren Energien wird blockiert. Schon allein die Debatte um die Laufzeitverlängerung verschlechtert die Investitions- und Wettbewerbsbedingungen nicht zuletzt der Stadtwerke, die mit einem Schwerpunkt auf Erneuerbaren Energien dezentral Strom produzieren. Schwarz-Gelb wird zum Risiko für die Energiezukunft unseres Landes.

Deutschland braucht eine andere Wirtschaftspolitik und eine **nachhaltige Wachstumsstrategie**, um gestärkt aus der Finanzmarktkrise hervorzugehen. Wer wie Schwarz-Gelb stattdessen Klientelwünsche befriedigt, den Staat zur Beute macht, Steuerprivilegien für Hoteliers einführt, neue sinnlose Subventionen schafft, die Staatsverschuldung in die Höhe treibt und Bürokratie vermehrt, schlittert in ein politisches Totalversagen.

Wir fordern eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft. Die abenteuerliche Fehlentscheidung eines Umsatzsteuerprivilegs für Hotelübernachtungen muss rückgängig gemacht werden. Das spart rund eine Milliarde Euro, die wir für Zukunftsinvestitionen einsetzen können. Wir müssen jetzt die öffentlichen, aber auch die privaten Investitionen steigern. Vor allem gilt es, zusätzliche **Anreize für ökologisch wirksame Innovationen** zu geben. Effizienzsteigerungen bei Energie und Materialeinsatz sind ein zentraler Wettbewerbsfaktor der deutschen Industrie. Wir brauchen Wachstum durch Innovationen auf den Leitmärkten der Zukunft. Außerdem ist eine neue Balance mit einer gezielten Stärkung des Binnenmarktes erforderlich. Durch die Stabilisierung der Tariflöhne und die **Einführung von Mindestlöhnen** verhindern wir um sich greifendes Lohndumping und verbessern die private Nachfrage. Wir brauchen



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Wachstum durch Gerechtigkeit. Eine nachhaltige Wachstumsstrategie braucht schließlich vor allem ein entschiedenes Handeln bei der **Regulierung der Finanzmärkte**. Anreize für Spekulation sind zu begrenzen, Anreize für langfristige Investitionen sind zu stärken. Die steuerliche Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben muss jetzt endlich begrenzt werden. Um die Lasten der Finanzmarktkrise gerecht zu verteilen, fordern wir die **Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer**. Sollte sie auf internationaler und europäischer Ebene nicht zustande kommen, wollen wir in Deutschland eine Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild. Auch das ist ein Beitrag, die Schlüsselinvestitionen in Bildung, Klimaschutz und Energieeffizienz zu finanzieren. In diesem Jahr stehen Hunderttausende von Arbeitsplätzen auf dem Spiel. Deutschland kann sich keine Regierung leisten, die eine soziale Spaltung und wirtschaftliche Lähmung unseres Landes betreibt. Die Sozialdemokratie arbeitet für eine bessere Alternative.

Mit freundlichen Grüßen



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

II. Zur Woche

Politik der wirtschaftlichen Vernunft - Für nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung

Gegen Klientelpolitik und Verschuldung fordern wir ein Konzept für nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung. Wir wollen eine Politik, die unsere Volkswirtschaft krisenfester und dynamischer macht. Um gestärkt aus der Krise zu kommen, ist eine intelligente Wachstumsstrategie gefragt, die nachhaltige wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Sicherheit und ökologische Verantwortung miteinander verbindet.

Unsere Hauptforderungen sind:

- Private und öffentliche Investitionen müssen gesteigert werden. Mehr unternehmerische Investitionen sind dringend erforderlich, um Arbeitsplätze zu schaffen. Hierfür kommen vor allem Sonderabschreibungen und Investitionszulagen für ressourcensparende Investitionen und gezielte Existenzgründungshilfen in Betracht. Für ökologisch wirksame Investitionen sollen zusätzliche Anreize geschaffen werden.
- Gleichermäßen bedarf es eines massiven Impulses bei den öffentlichen Investitionen für bessere Bildung in Deutschland. Mit einer Bildungsoffensive sind die Investitionen in Bildung zu erhöhen.
- Es geht darum, eine bessere Balance der deutschen Volkswirtschaft durch eine gezielte Stärkung der Binnenwirtschaft zu erreichen. Für mehr Nachfrage und um Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gegen Dumpinglöhne abzusichern, sind in möglichst vielen Branchen allgemeinverbindliche tarifliche Mindestlöhne zu unterstützen. Ziel ist ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn als unterste Grenze.
- Die innerhalb der G 20 und der EU getroffenen Absprachen zur Stabilisierung der Finanzmärkte sind in konkrete Regulierungsvorschriften umzusetzen. Anreize für Spekulationen sind zu begrenzen und Anreize für langfristige Investitionen zu erhöhen. Die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben ist umgehend umzusetzen.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

- Für die binnenwirtschaftliche Entwicklung wird die Kreditversorgung der Wirtschaft von besonderer Bedeutung sein. Dazu muss es eine verbindliche Selbstverpflichtung der Banken geben, das Kreditvolumen vor allem für den Mittelstand deutlich zu erhöhen.
- Zur Stärkung des Produktionsstandortes Deutschland ist die Modernisierung traditioneller industrieller Zweige auf der Grundlage einer strategischen und ökologischen Industriepolitik voranzutreiben. Leitmärkte der Zukunft sind auszubauen und neue Absatzmärkte zu erschließen.

Darüber hinaus muss ein neues Steuerkonzept Vermögende, unter anderem durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer, stärker in die Verantwortung für das Gemeinwohl nehmen und Normalverdiener sowie Familien steuerlich besser stellen. Mit der Politik der schwarz-gelben Koalition droht wirtschaftlicher Stillstand. Die SPD wendet sich mit dem Kurs der wirtschaftlichen Vernunft gegen eine Politik ohne Konzept.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes - Klientelpolitik rückgängig machen

Wir fordern die Bundesregierung auf, den allgemeinen Umsatzsteuersatz für Beherbergungsleistungen wieder einzuführen, denn die Einführung des ermäßigten Umsatzsteuersatzes ist eine eklatante politische Fehlentscheidung der Koalition von CDU/CSU und FDP.

Die von der Deutscher Hotel und Gaststättenverband (DEHOGA) in Aussicht gestellte spürbare Senkung der Übernachtungspreise in Deutschland bleibt erwartungsgemäß aus. Ein Wachstumseffekt ist nirgends erkennbar, es werden weder die Auslastung noch die Beschäftigung dieser Betriebe steigen. Auch die Warnungen vor zusätzlichem bürokratischem Aufwand bestätigen sich und veranlassten die Wirtschaftsverbände bereits zum öffentlichen Aufruf an die Bundesregierung nach Abmilderung der Lohnsteuerfolgen der Neuregelung. Bei voller Jahreswirkung gehen den öffentlichen Haushalten rund eine Milliarde Euro verloren. Dies ist angesichts der Haushaltslage unverantwortlich und konjunkturpolitisch nicht zu begründen. Daher muss diese Steuerprivilegierung schnellstmöglich zurück genommen werden.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Maßnahmenbündel gegen Spekulationen auf den Finanzmärkten und ungerechtfertigte Banker-Boni

Mit dem Antrag fordern wir eine Beteiligung der Banken an den Lasten der Krisenbekämpfung und die Ergreifung präventiver Maßnahmen um eine Wiederholung der Finanzmarktkrise zu verhindern. Dazu sollen Regelungen sowohl auf der Ebene des internationalen und nationalen Finanzsystems als auch auf Ebene der einzelnen Banken getroffen werden.

Wir fordern dabei u. a. die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer. Sollte sich herausstellen, dass es kurzfristig weder zu einer internationalen noch zu einer europäischen Übereinkunft kommt, soll es als ersten Schritt zumindest eine nationale Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild geben. Weiterhin wollen wir die konsequente Fortsetzung der Bekämpfung der Steuerhinterziehung. Zudem soll die Bundesregierung auf Pläne zur Neuordnung der Finanzmarktaufsicht, die die Aufsicht schwächen könnten, verzichten. Auch sollen sich die Banken an der Finanzierung der öffentlichen Lasten aus der Krisenbekämpfung angemessen beteiligen. Schließlich fordern wir, die Begrenzung der steuerlichen Abzugsfähigkeit überhöhter Bonuszahlungen als Betriebsausgaben sofort umzusetzen.

Die Lasten der Krise gerecht verteilen, Spekulation eindämmen- Internationale Finanztransaktionssteuer einführen

Wir fordern mit diesem Antrag die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer mit dem Ziel, die Finanzwirtschaft an der Finanzierung der Lasten aus der Finanzmarktkrise zu beteiligen und die Spekulationen an den Finanzmärkten einzudämmen.

Sollte diese Steuer nicht auf internationaler oder europäischer Ebene zu Stande kommen, fordern wir die Bundesregierung auf, eine nationale Börsenumsatzsteuer nach britischem Vorbild einzuführen. Ferner fordern wir von der Bundesregierung eine regelmäßige Berichterstattung über den Verhandlungsstand in Bezug auf die Einführung der Finanztransaktionssteuer.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Beschäftigte vor Arbeitslosigkeit schützen - Konditionen für Kurzarbeit verbessern

Wir wollen die Fortführung und Ergänzung eines der erfolgreichsten arbeitsmarktpolitischen Instrumente der letzten Bundesregierung: die Kurzarbeit. Ein drastischer Anstieg der Arbeitslosigkeit in Deutschland infolge der Finanzkrise konnte vor allem durch diese Regelung verhindert werden. Die OECD hat anderen Staaten empfohlen, die Regelung zu übernehmen. Auch Deutschland muss vor dem Hintergrund der Arbeitsmarktprognosen an dem Instrument der Kurzarbeit festhalten. Die Prognosen für 2010 und darüber hinaus zeigen deutlich, dass Kurzarbeit auch weiterhin ein Hauptelement der aktiven Arbeitsmarktpolitik in Deutschland sein muss. Die jetzige Bundesregierung hat bereits spürbare Einschränkungen vorgenommen, die die Inanspruchnahme durch die Unternehmen spürbar zurückführen werden.

Ab dem 01.01.2010 ist der Bezug von Kurzarbeitergeld auf 18 Monate begrenzt. Um einen spürbaren Anstieg der Arbeitslosenzahlen zu vermeiden und die Kurzarbeit finanziell attraktiv für die Arbeitgeber zu halten, fordern wir eine Ausdehnung der Zahlung auf 36 Monate.

Die Sozialbeiträge sollen nach dem Willen der Bundesregierung ab 2011 von den Arbeitgebern getragen werden. Die finanzielle Belastung für die Unternehmen in der Krise wird so spürbar steigen. Wir wollen die Kostenübernahme durch die BA, um diese Betriebe zu stützen.

Ferner sollen folgende Regelungen über Dezember 2010 hinaus verlängert werden:

- ein erleichterter Zugang zum Kurzarbeitergeld (Nachweis Entgeltausfall von mehr als 10 %),
- kein Abbau der Arbeitszeitkonten vor Bezug von Kurzarbeitergeld,
- die Möglichkeit für Zeitarbeitsfirmen mit ihren Leih-/Zeitarbeitern Kurzarbeit zu vereinbaren.

Nur durch eine vorausschauende, gestaltende Arbeitsmarktpolitik, wie wir sie in die Wege geleitet haben, werden wir die Innovationskraft der deutschen Industrie in Zeiten der Krise bewahren können. Die geforderten gesetzlichen Regelungen sind eilbedürftig, da die Unternehmen schnellstmöglich Klarheit brauchen. Andernfalls



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

drohen infolge von Kündigungs- und anderen Vorlauf Fristen Entlassungen in großem Umfang.

Mehr Chancengleichheit für Jugendliche - Ferienjobs nicht als regelmäßiges Einkommen anrechnen

Viele junge Menschen verdienen sich durch Ferienjobs etwas hinzu. Sie wollen sich damit kleine alltägliche Wünsche erfüllen. Gleichzeitig sammeln sie so erste Erfahrungen auf dem Arbeitsmarkt.

Bei jungen Menschen aus SGB-II-Bedarfsgemeinschaften wird das Einkommen aus einem Ferienjob als laufende Einnahme behandelt und in dem Monat bzw. in den Monaten, in dem es zufließt, auf das Sozialgeld angerechnet. Das ist entmutigend. Gerade Jugendlichen aus SGB-II-Bedarfsgemeinschaften können Ferienjobs helfen, Perspektivlosigkeit und Resignation zu überwinden. Es ist ungerecht, wenn Klassenkameraden den vollen Lohn zur Erfüllung von Wünschen behalten dürfen, junge Menschen arbeitsloser Eltern jedoch Teile ihrer Einkünfte zur Bestreitung des allgemeinen Lebensunterhaltes der Familie einsetzen müssen.

Aus Gründen der Chancengleichheit fordern wir, dass angemessene Einnahmen aus einem Ferienjob künftig nicht als Einkommen im Sinne des SGB II berücksichtigt werden. Es geht dabei um Schüler, die das 25. Lebensjahr noch nicht vollendet haben und eine allgemein- oder berufsbildende Schule besuchen. Die Dauer der Ferienjobs darf insgesamt - in Anlehnung an § 5 Abs. 4 Jugendarbeitsschutzgesetz - vier Wochen im Kalenderjahr nicht überschreiten. Angemessene Einnahmen sind solche, die Schüler typischerweise während einer Beschäftigung in der Ferienzeit erzielen.

Wir sind der Überzeugung, dass Ferienjobs dazu beitragen, jungen Menschen Selbstbewusstsein zu geben und sich beruflich zu orientieren.

Kinderschutz wirksam verbessern: Prävention im Kinderschutz optimieren - Förderung und Frühe Hilfen für Eltern und Kinder stärken

Mit dem Antrag legen wir ein Gesamtkonzept für eine wirksame Weiterentwicklung des Kinderschutzes und für eine Stärkung präventiver Angebote (sog. Frühe Hilfen) vor. Eltern und ihre Kinder müssen frühzeitig gestärkt und gefördert werden.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

In dem Antrag fordern wir u. a., die Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern. Von der Bundesregierung erwarten wir einen Gesetzentwurf, der den Kinderschutz wirksam verbessert und die Prävention im Kinderschutz optimiert. Es sollen alle gesetzgeberischen Maßnahmen unterlassen oder rückgängig gemacht werden, die die Finanzkraft des Bundes, der Länder und der Kommunen schwächen und damit einen wirksamen Kinderschutz konterkarieren. Weiterhin verlangen wir von der Bundesregierung, bestehende Lücken in bundesgesetzlichen Regelungen zu schließen, die eine Prävention von Kindesvernachlässigung und -misshandlung, eine Stärkung früher Förderung und Früher Hilfen und die Förderung eines gesunden Aufwachsens erschweren. Auch fordern wir die Bundesregierung auf, ein bundeseinheitliches Präventionsgesetz vorzulegen und entsprechende Erhebungsmerkmale der Jugendhilfestatistik anzupassen. Schließlich soll die Bundesregierung dem Deutschen Bundestag entsprechende Evaluationen und Berichte zu diesem Bereich vorlegen.

Richtige Lehren aus Kopenhagen ziehen

Der Klimawandel als vielfach beschworene größte Herausforderung unserer Zeit muss weiterhin auf der Agenda der Völkergemeinschaft bleiben. Durch Umsetzung einer globalen Klimaschutzpolitik sollen zukünftige Generationen vor irreversiblen Änderungen des Klimas geschützt werden.

Daher fordern wir in diesem Antrag die Bundesregierung auf, angesichts des Scheiterns der Klimaverhandlungen in Kopenhagen dafür zu sorgen, dass die EU und Deutschland Vorreiter für ein völkerrechtlich verbindliches Abkommen unter dem Dach der Vereinten Nationen im Klimaschutz bleiben und mehr Glaubwürdigkeit gegenüber den Schwellen- und Entwicklungsländern aufbauen.

Dazu ist es unserer Meinung nach notwendig, dass die Europäische Union das Ziel einer unkonditionierten Senkung ihrer Treibhausgasemissionen von 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990 beschließt. Gleichzeitig muss die Europäische Union die bilaterale Abstimmung intensivieren und ihre diplomatischen Möglichkeiten umfassend nutzen. Die EU soll noch vor den Klimaverhandlungen in Bonn konkrete Angebote über die Finanzierung von Minderungs- und Anpassungsstrategien in den Entwicklungsländern unterbreiten. Bei einem notwendigen Volumen von mindestens



Siegmond Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

100 Mrd. Euro bis 2020 beträgt der Anteil der EU etwa 30 Mrd. Euro. Um die internationale Glaubwürdigkeit zu stärken, soll Deutschland eigene Vorstellungen vorantreiben und erstmals verbindliche über 2020 hinausgehende langfristige und anspruchsvolle Klimaziele festlegen sowie diese in einem Klimaschutzgesetz beschließen. Deutschland soll darin bis 2020 eine unkonditionierte Verminderung der Treibhausgasemissionen von mindestens 40 Prozent und bis 2050 von 80 – 95 Prozent gegenüber 1990 festschreiben.

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes

(Artikel 3 Absatz 3 Satz 1)

Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, transsexuelle und intersexuelle Menschen sind in unserer Gesellschaft auch heute noch Anfeindungen, gewaltsamen Übergriffen und Benachteiligungen ausgesetzt. Einfachgesetzliche Diskriminierungsverbote haben die rechtliche Situation der Betroffenen zwar deutlich verbessert. Ein ausdrückliches Verbot der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz schafft jedoch eine klare Maßgabe für den einfachen Gesetzgeber. Daher fordern wir die Verankerung eines ausdrücklichen Verbots der Diskriminierung aufgrund der sexuellen Identität im Grundgesetz durch die Aufnahme des Merkmals „sexuelle Identität“ in den Katalog von Artikel 3 Absatz 3 Satz 1 GG.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

III. Aktuelles Thema

Afghanistan: Aufbau stärken, Aussöhnung unterstützen, Abzug vorbereiten

Der Einsatz der internationalen Gemeinschaft steht vor einer Zäsur. Präsident Obama hat im Dezember 2009 seine neue Afghanistan-Strategie vorgestellt. Ein wichtiger Meilenstein für die weitere Entwicklung Afghanistans ist die jetzt anstehende internationale Afghanistan-Konferenz am 28. Januar in London. Ziel der Konferenz ist, die Vereinbarungen des bald auslaufenden *Afghan Compact* von 2006 und die Beschlüsse der Pariser Konferenz von 2008 fortzuentwickeln und damit das weitere internationale Engagement in Afghanistan zu definieren. Vor diesem Hintergrund beziehen Partei und Fraktion der SPD klare Positionen. Die SPD hat zur Diskussion unserer Forderungen in der letzten Woche eine sehr erfolgreiche Konferenz zu Afghanistan ausgerichtet. Frank-Walter Steinmeier und Sigmar Gabriel haben in ihrem gemeinsamen Positionspapier klare Anforderungen an eine künftige Afghanistan-Strategie formuliert.

Unsere Kernforderungen

Schwerpunkt des deutschen Afghanistan-Engagements muss auch weiterhin der zivile Wiederaufbau und die Unterstützung der afghanischen Regierung bei der schrittweisen Übernahme der vollen Sicherheitsverantwortung in Afghanistan sein. Die weitere Beteiligung Deutschlands am internationalen Engagement in Afghanistan ist auch eine Frage der Glaubwürdigkeit als Partner bei ISAF und den Vereinten Nationen.

Afghanistan darf nicht wieder Rückzugsort, Ausbildungslager und Hort von islamistischen Terroristen werden. Darüber hinaus müssen Afghanistan und das afghanische Volk nach 30 Jahren Bürgerkrieg und Krieg wieder in Frieden leben können. Ein unüberlegter, übereilter Rückzug aus Afghanistan würde alles bisher Erreichte wieder zunichte machen. Wir sind nicht kopflos nach Afghanistan gegangen und dürfen das Land auch nicht kopflos verlassen. Gleichwohl wird die



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Frage nach einer klaren Perspektive für die Beendigung unseres Einsatzes drängender. Wir müssen die Weichen hierfür jetzt stellen.

Es gilt jetzt, den Einsatz in Afghanistan in einer gemeinsamen Anstrengung zu einem guten Ende zu führen. Gemeinsam mit unseren Partnern müssen wir eine klare Perspektive für einen schrittweisen Abzug aus Afghanistan entwickeln.

- Wir brauchen eine deutliche Verstärkung der Aktivitäten im Bereich der Ausbildung und Ausstattung der afghanischen Sicherheitskräfte. Die Zahl der Polizeiausbilder muss mindestens verdoppelt werden. Hier muss die Bundesregierung ihren Einfluss auf die Länder nutzen.

Die Entsendung zusätzlicher Einheiten mit offensivem Auftrag (Kampftruppen) lehnen wir ab. Zusätzliche Kapazitäten für die Ausbildung der Afghanischen Nationalarmee (ANA) sind aus dem bestehenden Bundeswehrrkontingent von 4.500 Soldatinnen und Soldaten zu gewinnen.

- Die internationale Gemeinschaft muss sich auf klare und endgültige Zielgrößen für den Aufbau der ANA und der ANP (Afghanische Nationale Polizei) und auf einen konkreten Zeitplan für deren Erreichung verständigen.
- Notwendig ist außerdem ein konkreter Zeitplan für die schrittweise Übergabe der Sicherheitsverantwortung in der Nordregion an die afghanischen Sicherheitskräfte, beginnend noch in diesem Jahr.
- Die Bundesregierung muss sich in den internationalen Verhandlungen gegenüber ihren Verbündeten dafür einsetzen, dass alle Voraussetzungen dafür geschaffen werden, um die Forderung der afghanischen Regierung zu erfüllen und umzusetzen, wonach bis zum Jahr 2015 alle notwendigen bewaffneten Einsätze durch die afghanischen Streitkräfte selbst bewältigt werden und die internationalen Streitkräfte nicht mehr an Kampfhandlungen beteiligt sein sollen. Dies bedeutet auch, dass der Einsatz der deutschen Bundeswehr in einem Korridor zwischen 2013 bis 2015 abgeschlossen werden kann und soll.



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

- Nach der Aufstockung des deutschen Truppenkontingents von 3.500 auf 4.500 Soldatinnen und Soldaten im Oktober 2008 will die SPD keine weitere Aufstockung des Bundeswehrrkontingents in Afghanistan. Sollte für die Umsetzung der zeitlichen Vorgaben für die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte und die Übergabe der Sicherheitsverantwortung an die afghanischen Stellen sowie das Erreichen des Korridors zwischen 2013 und 2015 für die Beendigung des Bundeswehreinsatzes eine maßvolle und zeitlich begrenzte Überschreitung der bisherigen Obergrenze notwendig erscheinen, so muss die Bundesregierung dies im Deutschen Bundestag nachweisen und beantragen.
- Der zivile Wiederaufbau muss forciert werden. Die Mittel für den zivilen Wiederaufbau nicht nur des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit müssen verdoppelt werden, mit Schwerpunkt auf wirtschaftlicher Entwicklung einschließlich der Landwirtschaft, Energieversorgung, Infrastruktur und Bildung. Die Bundesregierung muss dies im Haushaltsplan 2011 und der mittelfristigen Finanzplanung konkret unterlegen.
- Notwendig sind darüber hinaus konkrete finanzielle und politische Beiträge zur Förderung einer guten Regierungsführung und zur Unterstützung der innerafghanischen Aussöhnung und eine Weiterentwicklung des regionalen Ansatzes in Richtung auf wirtschaftliche Kooperation zwischen Afghanistan und seinen Anrainern.

Afghanistan-Strategie der SPD

Die SPD-Bundestagsfraktion begleitet bereits seit Oktober 2006 mit einer „Task Force Afghanistan“ als Arbeitsgruppe der SPD-Bundestagsfraktion intensiv die Entwicklung Afghanistans.

Seit Beginn des Afghanistan-Einsatzes sind wir mit unserem deutschen Ansatz sehr erfolgreich gewesen. Unsere Strategie mit dem Schwerpunkt auf dem zivilen



Siegmond Ehrmann

Mitglied des Deutschen Bundestages

Wiederaufbau hatte den Erfolg, dass der Norden des Landes lange Zeit ruhiger blieb als andere Landesteile. Dieser Ansatz ist richtig, und mittlerweile konnten wir auch andere von dieser Strategie überzeugen. Die internationale Gemeinschaft hat in den letzten zwei bis drei Jahren begonnen, vorherige Versäumnisse zu korrigieren und ihre Strategie anzupassen. So wurden beispielsweise die Mittel für den zivilen Wiederaufbau in den letzten Jahren erheblich aufgestockt. Die Zahl der Ausbilder für die afghanische Polizei und Armee wurde deutlich erhöht und so das Tempo der Ausbildung beschleunigt.

Frank-Walter Steinmeier hat bereits im September 2009 – noch vor der Bundestagswahl - mit seinem 10-Punkte-Plan erstmalig eine Perspektive für das weitere Verfahren und den Abzug aus Afghanistan vorgelegt. Er formuliert darin Eckpunkte für die weitere Zusammenarbeit mit der afghanischen Regierung und eine konkrete Perspektive für Dauer und Ende des deutschen und internationalen Einsatzes in Afghanistan. Gefordert ist eine „Road-Map“ mit konkreten und verbindlichen Zielen und Vorkehrungen für deren Umsetzung. Die afghanische Regierung soll beim Schutz der Grundrechte, der Bekämpfung von Korruption und Drogenhandel stärker in die Pflicht genommen und die Ausbildung von ANA und ANP soll beschleunigt werden, um die Sicherheitsverantwortung schrittweise in afghanische Hände übergeben zu können. Frank-Walter Steinmeier fordert in dem Zehn-Punkte-Plan darüber hinaus, die innerafghanische Versöhnung zu befördern, den zivilen Wiederaufbau zu forcieren und den regionalen Ansatz unter Einbeziehung Pakistans und anderer wichtiger Anrainer Afghanistans weiter zu verfolgen.

Die neue Afghanistan-Strategie der USA

Auf Drängen der Verbündeten unter maßgeblicher Beteiligung von Frank-Walter Steinmeier haben jetzt auch die USA einen grundlegenden Kurswechsel in ihrer Afghanistan-Politik vorgenommen. US-Präsident Barack Obama hat in einer wegweisenden Rede am 1. Dezember 2009 die neue Strategie der USA vorgestellt. Eines der drei Kernelemente dieser Strategie sind militärische Maßnahmen, um die Voraussetzungen für eine Machtübertragung an die afghanische Regierung zu



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

schaffen. Die amerikanischen Truppen werden hierfür um 30.000 Soldaten verstärkt. Nach 18 Monaten, also ab Juli 2011, wird der Abzug der amerikanischen Truppen beginnen.

Weitere Kernelemente der neuen US-Strategie sind eine starke Erhöhung der Anzahl der zivilen Kräfte zur Unterstützung des politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbaus sowie eine effektive Partnerschaft mit Pakistan. General McChrystal hat mit einer neuen taktischen Direktive den Schutz der afghanischen Bevölkerung und die Vermeidung ziviler Opfer zum Leitprinzip des ISAF-Einsatzes erhoben und damit einen grundlegenden Kurswechsel vorgenommen.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zahlen – Daten – Fakten zur Entwicklung in Afghanistan

ISAF-Mandat

- ▶ Beschluss und Einsatz ISAF Dezember 2001
- ▶ Commander derzeit: General (USA) Stanley A. McChrystal
- ▶ 43 truppenstellende Nationen
- ▶ ISAF-Truppen insgesamt: etwa 84.150
- ▶ Deutsches Kontingent: 4.270; Mandat bis zu 4.500
- ▶ 26 Provincial Reconstruction Teams (PRTs)

Beginn **Mandat OEF** Oktober 2001 (Ausstieg Deutschland 2008)

Finanzieller Umfang

- ▶ Die internationale Gemeinschaft hat bislang insgesamt ca. 42,3 Mrd. US-\$ für den zivilen Wiederaufbau Afghanistans zugesagt (2002 bis 2011).
- ▶ Deutschland hat im Zeitraum von 2001 bis 2010 insgesamt mehr als 1,3 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt und ist damit nach USA und Japan drittgrößter bilateraler Geber.
- ▶ Umfang der deutschen Entwicklungszusammenarbeit pro Jahr Auswärtiges Amt: rund 108 Mio. Euro (2009), BMZ: rund 144 Mio. Euro (2009)

Ausbildung Polizei/Militär

- ▶ Afghan National Army ANA ca. 95.000 (Ziel 171.000)
- ▶ Afghan National Police ANP ca. 90.000 (Ziel 134.000)

Bildung

- ▶ Zahl der Schulen (2008): 9.500; seit 2001 wurden mehr als 3.500 Schulen gebaut.
- ▶ Gesamtzahl Schüler/Schülerinnen: 6,2 Mio. (mehr als verfünffacht); davon 2,4 Mio. Mädchen (35 %)
(Unter den Taliban besuchten nur 1 Mio. Jungen die Schule)

Gesundheit

Medizinische Grundversorgung für 80 % (statt 8 % in 2001) der afghanischen Bevölkerung

Infrastruktur

- ▶ Wiederherstellung der wichtigsten Verkehrsrouten (sog. „Ring Road“), in deren Einzugsgebiet 60 % der Bevölkerung leben, auf ca. 2.000 km
- ▶ Insgesamt ca. 13.000 km Straße rekonstruiert
- ▶ Wasserversorgung: In Herat wurde durch deutsche Entwicklungszusammenarbeit Ende 2007 eine Versorgung von 80 % der Stadtbevölkerung erreicht.
- ▶ In weiteren städtischen Gebieten (Kabul, Kundus, Masar) gibt es im Wasser- und Energiebereich ebenfalls sichtbare Fortschritte.



Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

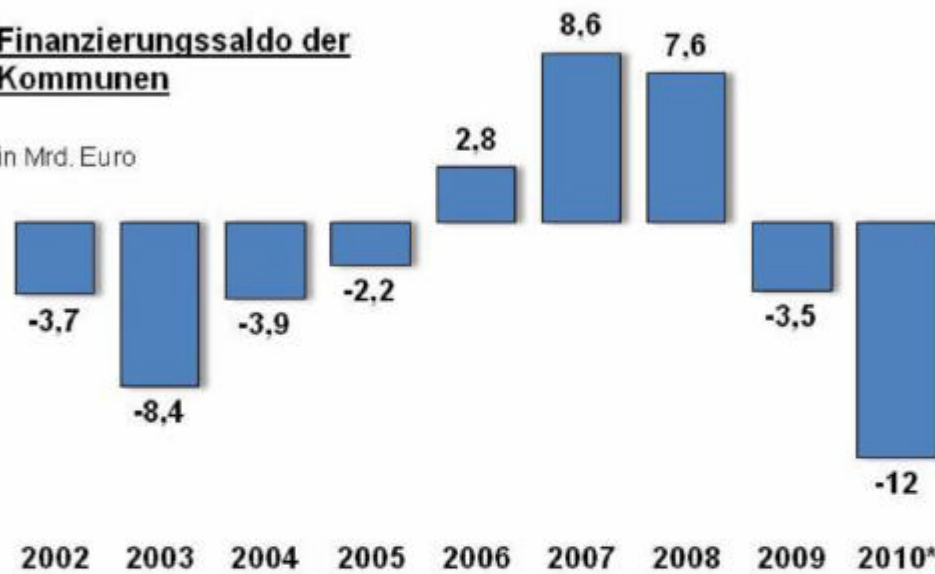
IV.

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Der Druck auf die Kommunen wächst

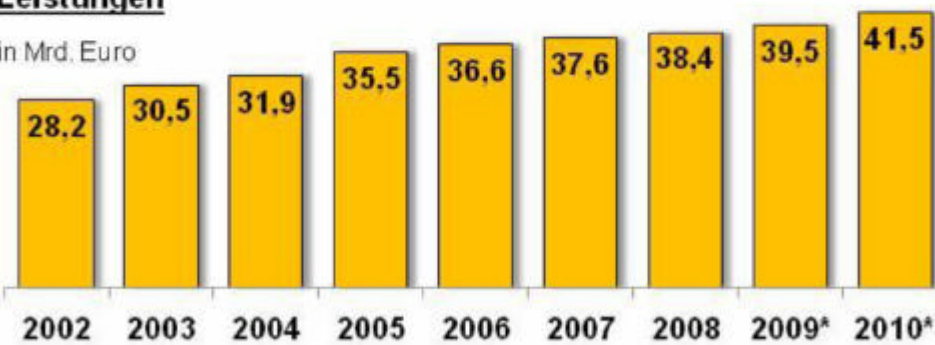
Finanzierungssaldo der Kommunen

in Mrd. Euro



Kommunale Ausgaben für soziale Leistungen

in Mrd. Euro



* Schätzung des BMF

Quelle: statistisches Bundesamt, BMF

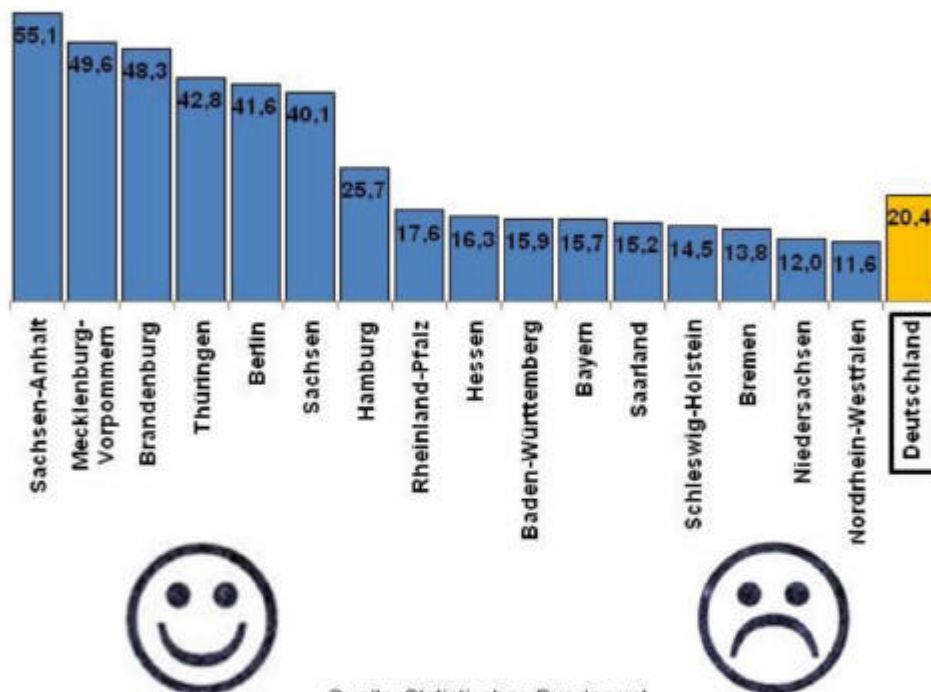


Siegmund Ehrmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Zukunftsrisiko Schwarz-Gelb

Kinderbetreuung unter Dreijähriger – noch lange nicht am Ziel

in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

Der Betreuungsausbau auf 35 Prozent der unter Dreijährigen wird durch die Steuerpolitik von Schwarz-Gelb massiv bedroht. Wir fordern Qualitätssteigerung, Gebührenfreiheit und Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung. Schwarz-Gelb schnürt die Handlungsfähigkeit der Kommunen durch ungerechte Steuersenkungen auf Pump zusätzlich ein. Die Koalition will außerdem 1,4 bis 1,9 Milliarden Euro für das pädagogisch unsinnige „Betreuungsgeld“ vergeuden. Das Geld fehlt für den Ausbau der Betreuungsplätze. Schwarz-Gelb ist ein Zukunftsrisiko für die frühkindliche Bildung.